

Antrag an die Landessynode der EKM gemäß § 13.1 GO.LS

Die Synodalen des reformierten Kirchenkreises stellen folgenden Antrag an die Landessynode:

Die Landessynode möge beschließen:

Die Synode der Evangelischen Kirche in Mitteldeutschland fordert in einer ePetition die Bundesregierung auf, dem UN-Atomwaffen-Verbots-Vertrag durch Unterschrift beizutreten und ihn dem Bundestag zur Ratifizierung zuzuleiten.

Begründung:

Seit dem 22. Januar 2021 ist der Atomwaffenverbotsvertrag völkerrechtlich verbindlich in Kraft. Er verbietet die Entwicklung, Produktion, Test, Erwerb, Lagerung, Transport, Stationierung und Einsatz von Kernwaffen, ebenso die Drohung damit.

Bisher haben 92 Staaten diesen Vertrag unterzeichnet, und 68 Staaten haben ihn ratifiziert. Das ist nach unserem Verständnis ein hoffnungsvoller Schritt, denn Massenvernichtungswaffen gefährden mehr als dass sie schützen. Deutschland sollte ebenfalls unterzeichnen und die Beendigung der nuklearen Teilhabe als Ziel erklären.

Die EKM wird die Petition als „Petition zur Veröffentlichung“ an den Deutschen Bundestag schicken (<https://epetitionen.bundestag.de/epet/startseite.html>).

Die Ev. Kirche in Mitteldeutschland wird ferner eine Partnerorganisation von ICAN (International Campaign to Abolish Nuclear Weapons), der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen (<https://www.icanw.org/partners>), so wie es „Church and Peace“ oder das „Forum Friedensethik“ (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden bereits sind.

Für den reformierten Kirchenkreis:

Gez.



Jan-Wout Vrieze, stellv. Präses

Dr. Jutta Noetzel, Senior